

UNSER PROGRAMM

**FÜR DIE 80ER JAHRE
„POLITIK FÜR UNSER LAND“**

SPD
NRW '80 

I. DIE AUFGABEN DER 80er JAHRE

Wir Sozialdemokraten stehen

- für soziale Gerechtigkeit
- für freie Entfaltung
- für Sicherheit

**Kampf für soziale
Rechte und
geistige Freiheit**

aller Bürger. Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland, das gilt für unser Land Nordrhein-Westfalen.

Leistung und dauerndes Ziel der Sozialdemokratie ist es, den Kampf für soziale Rechte und den Kampf für geistige Freiheit miteinander zu verbinden. Das eine ist ohne das andere wirkungslos.

Sozialdemokraten erfüllen diese doppelte Aufgabe. Sie vertreten gleichermaßen die Interessen der arbeitenden Menschen an mehr sozialen Rechten und dem Abbau von Privilegien wie die Interessen aller Menschen, die geistige Freiheit in einer offenen Gesellschaft wollen.

Dieses Bündnis der Vernunft ist die Voraussetzung für den Erfolg der Sozialdemokratie.

Wir Sozialdemokraten sehen als Hauptaufgabe für die 80er Jahre:

**Technik muß dem
Menschen dienen**
Keine Bevormundung
**Gleichstellung,
freie Entfaltung,
gleiche Chancen**
**Frieden und
Solidarität**

● Die Technik muß dem Menschen dienen, sie darf nicht Umwelt zerstören und zur Arbeitslosigkeit führen.

● Die Selbstverwirklichung freier und mündiger Bürger darf nicht durch Bevormundung abgelöst werden.

● Die Gleichstellung der Frau, die freie Entfaltung der Familie und gleiche Chancen für alle Kinder müssen verwirklicht werden.

● Der Frieden in Europa muß gesichert, der Frieden in der ganzen Welt durch Solidarität mit den ärmeren Völkern erkämpft werden.

Diese Aufgaben wollen wir für unser Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland erfüllen.

Deshalb muß Johannes Rau nach dem 11. Mai Ministerpräsident unseres Landes bleiben. Dann kann auch Helmut Schmidt seine Politik der sozialen Sicherheit und des äußeren Friedens fortführen.

1. Für unser Land Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist mit seinen 17 Millionen Menschen das Kernland der Bundesrepublik Deutschland.

- Eine lebenskräftige Einheit** Seit dem Kriege bilden die Industriegebiete an der Ruhr, die Städte am Rhein und der Niederrhein, das Bergische Land, das Siegerland und das Sauerland, Ostwestfalen und Lippe, das Münsterland, das Aachener Land und die Eifel Nordrhein-Westfalen. Aus all diesen unterschiedlich geprägten Regionen ist eine wirtschaftlich lebenskräftige Einheit geworden.
- Selbstbewußte Toleranz und solidarisches Miteinander** Nordrhein-Westfalen ist ein Land – offen für Menschen, die zu uns kommen wollen –, offen für neue Erfahrungen. Das hat das Zusammenleben seiner Bürger geprägt. Das hat ein geistiges Klima für freie Entfaltung der Menschen geschaffen, selbstbewußte Toleranz und solidarisches Miteinander entstehen lassen.
- In Nordrhein-Westfalen werden seit dem Kriege Weichen für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gestellt – in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft.
- Motor des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs** Nordrhein-Westfalen war nach dem Krieg Motor des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs der Bundesrepublik Deutschland. Es hat Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre als erstes Land der Bundesrepublik Deutschland einschneidende Veränderungen seiner Wirtschaftsstruktur erfahren müssen. Die daraus entstandenen Probleme konnte die CDU nicht lösen.
- Sozialdemokraten in der Verantwortung** Seit 1966 tragen Sozialdemokraten Verantwortung für Nordrhein-Westfalen. Wie Heinz Kühn ist Johannes Rau ein erfolgreicher und anerkannter Ministerpräsident.
- Wir haben die Probleme der 70er Jahre bewältigt** Wir haben Nordrhein-Westfalen lebens- und liebenswert gemacht. **Nordrhein-Westfalen hat die Probleme des letzten Jahrzehnts bewältigt:**
- Die Kohlenkrise ist überwunden. Unsere vorausschauende Politik sicherte die Kohle als heimischen Energieträger. Damit hat Nordrhein-Westfalen den entscheidenden Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Wir werden an unserer Politik »Vorrang für die Kohle« festhalten.
 - Wir Sozialdemokraten haben als erste dafür gesorgt, daß industrielle Entwicklung die Umwelt nicht unzutraglich belastet. Als Willy Brandt 1961 den »blauen Himmel über der Ruhr« forderte, ist er von vielen bespöttelt worden. Heute ist die Luft im Ruhrgebiet sauberer.
 - Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß in den letzten zwölf Jahren durch staatliche Förderung 700 000 neue Wohnungen gebaut und mehr als 800 000 Wohnungen modernisiert wurden. Die Wohnungsnot konnte damit abgebaut werden.
 - Wir Sozialdemokraten haben die Unterschiede im Lebensstandard und in den Lebensbedingungen der Bevölkerung zwischen den Industriezentren und den ländlichen Gebieten abgebaut. Überall im Lande haben die Sozialdemokraten mehr Chancengleichheit geschaffen.
 - Wir Sozialdemokraten haben ein leistungsfähiges Schulsystem an die Stelle von Konfessions- und Zwergschulen gesetzt. Wir haben Hochschulen in bisher benachteiligten Regionen gegründet. 1966 waren 7%, heute sind 23% der Studierenden Arbeiterkinder.
- Vorrang für die Kohle**
- Luft im Ruhrgebiet ist sauberer**
- Wohnungsnot ist abgebaut**
- Bessere Lebensbedingungen**
- Leistungsfähiges Schulsystem**

**Mehr Freizeit-
möglichkeiten**

● Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß die Menschen im Industrieland Nordrhein-Westfalen mehr Freizeitmöglichkeiten haben. Sie werden nicht mehr durch Privilegien der Eigentümer am Betreten der Wälder und Seeufer gehindert. Mehr als ein Viertel der Landesfläche ist durch Naturparks geschützt.

**Kulturelle
Vielfalt**

● Nordrhein-Westfalen ist zu einem Land kultureller Vielfalt geworden. Nirgendwo sonst in Europa gibt es eine dichtere Theater- und Museenlandschaft.

Nordrhein-Westfalen ist ein offenes, tolerantes und attraktives Land.

**Ziel: mehr
Menschlichkeit**

Im Industrieland Nordrhein-Westfalen wird jetzt aber immer stärker erkannt, welche Belastungen für Mensch und Umwelt industrielle Entwicklung mit sich bringen kann. Wir Sozialdemokraten haben diese Probleme als erste aufgegriffen. Menschliche Arbeitsplätze und menschliche Umwelt waren bereits Ziele sozialdemokratischer Politik, als andere noch ungezügelter Wirtschaftswachstum anhängen. Wir zeigen jetzt Konzepte für die Zukunft auf: Die Menschen müssen sich weiter gegen Bevormundung durch andere und die Beherrschung durch Technik behaupten können.

**CDU hat keine
Antworten**

Die CDU hat keine Antworten für diese Probleme der 80er Jahre. Mit Strauß wollen die Konservativen die Entwicklung der letzten zehn Jahre rückgängig machen. Sie sind auf dem Weg in die Vergangenheit. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat sich einem Mann unterworfen, der von unserem Land und seinen Menschen nichts versteht und die Probleme der Gegenwart nicht lösen kann.

2. Johannes Rau muß Ministerpräsident bleiben

**Wichtige Entschei-
dung der Bürger**

Am 11. Mai 1980 fällt in Nordrhein-Westfalen wieder eine wichtige Entscheidung. Es geht um den weiteren Weg unseres Landes, es geht um den weiteren Weg Deutschlands. Die Bürger in unserem Land entscheiden, ob Sozialdemokraten weiter die soziale Gerechtigkeit, die freie Entfaltung und die Sicherheit aller garantieren können.

Die Alternative der Konservativen läuft auf eine Politik des kalten Krieges, der Bedrohung des Sozialstaates, der sozialen Ungleichheit und Bevormundung der Bürger hinaus. Unser Ministerpräsident Johannes Rau steht, wie Bundeskanzler Helmut Schmidt, für soziale Gerechtigkeit, für freie Entfaltung und Sicherheit aller Bürger.

Johannes Rau muß Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen bleiben. Dann kann Helmut Schmidt als Kanzler weiter erfolgreich regieren.

CDU/CSU-Blockade verhindern Eine CDU-Regierung in Düsseldorf bedeutet eine Zweidrittelmehrheit der CSU- und CDU-geführten Bundesländer im Bundesrat. CSU und CDU können dann jedes Gesetz über den Bundesrat blockieren. Für die CSU/CDU wird also in Nordrhein-Westfalen die »Schlacht um die Macht in der Bundesrepublik Deutschland« geschlagen.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist konzeptionslos. Sie hat seit der Regierungsübernahme von Heinz Kühn im Jahre 1966 nichts dazugelernt. Sie hat keine Lösungen für die Probleme der Gegenwart und der Zukunft. Ihre Kandidaten haben sich zu Erfüllungsgehilfen von Strauß gemacht. Sie muten den Bürgern Nordrhein-Westfalens bayrische Polemik statt sachlicher Argumente zu. Die Wähler unseres Landes werden entscheiden, wie es in Nordrhein-Westfalen und damit in Deutschland weitergeht.

Für Johannes Rau und Helmut Schmidt Für uns ist klar: **Johannes Rau muß Ministerpräsident, Helmut Schmidt muß Kanzler bleiben.**

3. Für sichere Arbeitsplätze und humane Umwelt – Technik muß dem Menschen dienen

Schlüsselproblem für Industriegesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts ist das Verhältnis der Technik zu Mensch und Gesellschaft. Das gilt vor allem auch für ein Land wie Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen heute mit den Folgen der Industrialisierung vergangener Jahrzehnte und den daraus entstandenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen fertig werden.

Lasten aus der Vergangenheit – neue Gefährdungen Früher konnten die Unternehmen ihre wirtschaftlichen Interessen einseitig durchsetzen. Industrielle Produktion und Wohnbereich wurden nicht voneinander getrennt. Das ging zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, auf deren persönliches Wohl und deren Lebenschancen wenig Rücksicht genommen wurde.

In der Gegenwart gefährdet neue, nicht ausreichend beherrschte Technik den Menschen in seiner Arbeitswelt wie in seinem persönlichen Lebensbereich.

Ungezügelter technischer Fortschritt kann

- Arbeitsplätze gefährden und unzumutbare Arbeitsbedingungen schaffen.
- Lebensräume zerstören, in denen Menschen bisher ungefährdet leben oder in Zukunft ungefährdet leben wollen.
- den Menschen in seinen persönlichen Freiheitsrechten bedrohen.

Wir Sozialdemokraten vertreten die Auffassung: Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch politisch verantwortbar.

**Wirtschaftliches
Wachstum ist kein
Selbstzweck**

Wir Sozialdemokraten wollen humane Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen. Deshalb sichern wir verantwortlichen Einsatz und verantwortliche Anwendung der Technik. Das Bemühen um den Fortschritt muß immer auch die kritische Frage nach seiner Richtung umfassen. Das kann nur gelingen, wenn wirtschaftliches Wachstum nicht als Selbstzweck begriffen wird. **Wir Sozialdemokraten wollen unsere Gesellschaft so gestalten, daß sie menschlich bleibt, ohne den gesicherten Lebensstandard zu gefährden, und gleichzeitig die Benachteiligung der sozial- und einkommenschwächeren Schichten unserer Gesellschaft ausgleichen.**

3.1 Sichere Arbeitsplätze für alle

 **Humaner Fortschritt**

Der Mensch muß die Technik so nutzen und kontrollieren, daß die Arbeitswelt menschlich wird und bleibt. Neue Technologien können humanere Arbeitsbedingungen schaffen, den Lebensstandard sichern und zu Arbeitszeitverkürzungen führen. **Ohne die Sicherung sozialer Belange wird technischer Fortschritt inhuman und gefährdet den sozialen Frieden.**

Sozialdemokraten sind der Auffassung: **Es ist Aufgabe des Staates, durch Vollbeschäftigungspolitik Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.** Dies gilt auch bei den neuen Herausforderungen der Technik. Die CDU will sich dieser Verantwortung entziehen.

**Menschliche
Arbeitsplätze**

Humanisierung der Arbeitswelt bedeutet, menschenwürdige Verhältnisse am Arbeitsplatz zu schaffen. Nicht die Menschen haben sich den technischen Anforderungen zu unterwerfen, sondern Technik, Produktionsbedingungen und Arbeitsabläufe sind den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Produktivitätsfortschritt muß auch benutzt werden, um die Arbeitszeit zu verkürzen, zuerst für die, die am stärksten belastet sind.

 **Schichtarbeit
abbauen**

Schichtarbeit ist abzubauen oder so zu gestalten, daß sie das Privatleben nicht zerstört; Nachtarbeit ist auf unvermeidliche Fälle zu beschränken. Technische Arbeitsabläufe sind so einzurichten, daß sie den menschlichen Fähigkeiten und Neigungen entsprechen und vom Menschen bestimmt, nicht von der Maschine diktiert werden.

**Mitbestimmung
weiter ausbauen**

Um diese Ziele zu erreichen, ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer weiter auszubauen.

3.2 Humane Umwelt für alle

Der Mensch muß die Technik so nutzen und kontrollieren, daß die Umwelt menschlich bleibt und wird.

**Verantwortung
für den Umweltschutz**

Deshalb muß die politische Verantwortung für den Umweltschutz innerhalb der Landesregierung auch nach außen deutlicher gemacht werden.

Bürger und Verbände, die sich für den Umweltschutz einsetzen, sollen – wie andere gemeinnützige Bestrebungen – Anspruch auf staatliche Förderung haben.

Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze sind gleichrangige Ziele

Für Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen hat das Ziel, die Umweltbedingungen zu erhalten und zu verbessern, gleichen Rang mit dem Ziel, die Arbeitsplätze zu sichern.

Leben und Gesundheit unserer Bürger und die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind anderen politischen und ökonomischen Erwägungen vorzuziehen. Umweltverbesserungen müssen für den einzelnen erfahrbar und spürbar sein: bessere Luft, weniger Lärm, klare Gewässer, gesunde Lebensmittel, natürliche Landschaft.

„Seveso-Erlass“ zum Schutz der Bürger

Die großindustrielle Produktion chemischer Stoffe bringt Risiken mit sich, die schärfster Kontrolle und verantworteter Steuerung bedürfen. Der schwere Unfall in den Chemiewerken im oberitalienischen Seveso hat gezeigt, daß Gesundheit und Wohlergehen des Bürgers nur dann gewährleistet sind, wenn er geschützt ist gegen gefährliche Umweltochemikalien und Technikkatastrophen. Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland einen „Seveso-Erlass“ herausgegeben, nach dem alle mit Giftstoffen arbeitenden Betriebe im Lande überprüft und kontrolliert werden.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten unterstützen deshalb das Vorhaben der Bundesregierung, in einem Umweltchemikaliengesetz Anmeldepflichten und Kontrollmöglichkeiten für alle die Umwelt beeinflussenden Stoffe einzuführen.

Wohnwert weiter verbessern

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß unsere Städte und Gemeinden ihren Wohnwert weiter verbessern können und daß Nachbarschaften möglich bleiben. Bedeutsam für den Wohnwert sind gute Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Der Denkmalschutz muß ausgebaut werden.

Vermischung von Industrie- mit Wohngebieten muß verhindert werden. Verkehrslärm muß aus Wohngebieten herausgehalten werden.

Vorrang für öffentlichen Personennahverkehr

Wir Sozialdemokraten werden den öffentlichen Personennahverkehr weiterhin vorrangig fördern.

Für die Verkehrspolitik lautet unsere Devise: Eine Straße weniger kann mehr sein als eine Straße zuviel.

3.3 Die Technik muß dem Menschen dienen

Ängste abbauen

Wir Sozialdemokraten meinen: Die Politik muß ihre Verantwortung auch für den technischen Fortschritt gezielter und wirksamer wahrnehmen. Nur dann werden wir dazu beitragen können, die Ängste vieler Menschen vor einer immer komplizierteren und technisierter werdenden Welt abzubauen. Das wird in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen deutlich.

3.3.1 Energiepolitik

Kohle hat Vorrang vor Kernenergie

In der Energiepolitik räumen die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen der Kohle absoluten Vorrang vor der Kernenergie ein. Mit unserer langfristigen Politik für die Kohle sichern wir die Energieversorgung der Bundesrepublik. Kohle ist die einzige nationale Energiereserve. **In der Kohlenkrise haben wir gegen starken Widerstand großer Konzerne und der CDU/CSU im Bund und in anderen Ländern den Bergbau am Leben erhalten.**

Kohle hat große Zukunft

Heute ist es Allgemeingut: Die Kohle hat eine große Zukunft, vor allem durch Kohleverflüssigung und Kohlevergasung. Wir verkennen nicht, daß Kohlekraftwerke und neue Kohletechnologien Um-

weltprobleme mit sich bringen. Sie können jedoch bewältigt werden. Heute können rauchgasentschwefelte Kohlekraftwerke gebaut werden, die bis zu zehnmals weniger Schadstoffe ausstoßen als herkömmliche Kraftwerke. Das Land Nordrhein-Westfalen hat in seinem Kraftwerkssanierungsplan erhebliche staatliche Mittel zur Modernisierung alter und zum Bau neuer Kohlekraftwerke zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit dem Bund wird das Land Nordrhein-Westfalen die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, daß in Kohlekraftwerken der neueste Stand der Technik umgesetzt wird.

**Kein Bedarf
an neuen
Kernkraftwerken**

Beim Einsatz der Kernenergie hat für die Sozialdemokraten die Sicherheit absoluten Vorrang. Wir werden in Nordrhein-Westfalen den Bau neuer Kernkraftwerke zur Stromerzeugung nur genehmigen, wenn andere Energieträger nicht zur Verfügung stehen. In Nordrhein-Westfalen können Kohlekraftwerke gebaut werden. Deshalb besteht für unser Land zur Zeit kein Bedarf an neuen Kernkraftwerken.

Die bereits bisher betriebenen Kernkraftwerke müssen wir sicher entsorgen. Neue können nur in Betrieb gehen, wenn die Entsorgung gelöst ist. Aus gesamtstaatlicher Verantwortung ist Nordrhein-Westfalen bereit, seinen Beitrag dazu durch den Bau eines Zwischenlagers zu leisten. Wir sagen aber deutlich: Zwischenlager sind keine Endlager, sie dürfen nur beschickt werden, wenn feststeht, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung gebracht werden.

**Gesparte Energie
ist die beste
alternative Energie**

Wir werden die Entwicklung alternativer Energien durch Konzentration der Forschungsmittel auf diese Bereiche vorantreiben. Die beste alternative und zugleich sicherste Energie aber ist die gesparte Energie.

3.3.2

**Vielfältiges
Meinungs- und
Informationsangebot**

Medienpolitik

Die Sicherung freier Information und Meinungsbildung ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Nur der gut informierte Bürger kann im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich mitdenken, kontrollieren und mitbestimmen.

Die SPD tritt nachdrücklich für ein vielfältiges Meinungs- und Informationsangebot durch Presse, Rundfunk, Fernsehen und neue Medien ein.

**Wir wollen keine
kommerziellen Sender**

Wir streiten für die Erhaltung unseres unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens. Wir wollen keine kommerziellen Sender.

Die SPD hält an der Aufteilung zwischen privatrechtlich organisierter Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunkwesen fest.

**Kritische
Überprüfung
neuer Technologien**

Neue Technologien können das Informations- und Kommunikationswesen und damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen unserer Demokratie verändern. Die Kommunikationstechnik schafft immer mehr Möglichkeiten, durch neue Medien – Kabelfernsehen, Bildschirmtext, Videotext – den Menschen rund um die Uhr mit Information und Unterhaltung zu überschwemmen. Das kann schädliche Auswirkungen auf das menschliche Zusammenleben haben. Vor der Einführung neuer Medienangebote müssen die Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft kritisch geprüft werden.

Die neuen Medien müssen gesamtgesellschaftlich verantwortet sein und dürfen nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.

4. Für freie und mündige Bürger

Selbstverwirklichung und Mitwirkung aller Menschen

Grundlage sozialdemokratischer Politik war es immer, allen Menschen die Chance auf Selbstverwirklichung und verantwortliche Mitwirkung in allen Bereichen der Gesellschaft zu geben. Diese Chance auf Selbstverwirklichung gab es lange nur für wenige Privilegierte. Der Kampf für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, vor allem der arbeitenden Menschen, war deshalb die Voraussetzung für die freie Entfaltung aller.

Auch heute bleibt der Einsatz für das Recht auf Arbeit eines jeden und für ein gesichertes soziales Netz notwendig. Unser Lebensstandard muß erhalten bleiben, den benachteiligten Gruppen in unserer Gesellschaft muß geholfen werden.

Gesicherte soziale Verhältnisse und gleiche Bildungschancen

Erst gesicherte soziale Verhältnisse und gleiche Bildungschancen erlauben es allen, ihre Fähigkeiten, Interessen und Möglichkeiten wahrzunehmen. Selbstverwirklichung müssen die Menschen bei der Arbeit, in der Freizeit und bei der Gestaltung ihrer sozialen Umwelt erfahren können.

Wir Sozialdemokraten wollen den mündigen Bürger. Deshalb kämpfen wir für mehr Mitbestimmung, mehr Mitgestaltung und mehr Mitwirkung in der Gesellschaft für jeden. Das gilt für die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen wie auch für den Arbeitsplatz. Für die Gemeinde, für Verbände und Organisationen.

Das Zusammenleben verbessern

Unseren ausländischen Mitbürgern muß eine gleichwertige Chance zur freien Entfaltung und Selbstverwirklichung gegeben werden. Wir Sozialdemokraten halten die Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern für eine wichtige Aufgabe in den 80er Jahren.

Förderung der Selbständigen

Zu einer Politik, die die Selbstverwirklichung für freie und mündige Bürger will, gehört auch die Förderung der kleinen und mittleren Selbständigen durch die Stärkung ihrer Wettbewerbschancen und ihre soziale Absicherung.

Bürgerinitiativen ernst nehmen

Sozialdemokraten nehmen Bürgerinitiativen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ernst. Bürgerinitiativen können Defizite in der Politik aufzeigen, festgefahrene staatliche Planung korrigieren und Ideen und Einfallsreichtum in Verwaltungshandeln einbringen. Sie können aber nicht die politische Verantwortung der gewählten Volksvertreter ersetzen.

Kulturelle Freiheit schützen

Kulturelle Freiheit muß vom Staat geschützt werden. Das Experiment, das Außergewöhnliche, die Avantgarde brauchen Raum. Aber auch die künstlerische Kreativität des Hobbykünstlers und die Kultur „um die Ecke“ brauchen Förderung. Das Maß an Freiheit in einer Gesellschaft läßt sich auch daran ablesen, welche Möglichkeiten ihre Künstler haben. Beschränkungen der künstlerischen Freiheit haben in unserer Geschichte immer sehr bald Beschränkungen politischer und gewerkschaftlicher Möglichkeiten nach sich gezogen.

Freie Entfaltung von Vereinen und Verbänden

Der einzelne muß die Möglichkeit haben, seine Vorstellungen nach seiner Wahl gemeinsam mit anderen zu verwirklichen. Wir treten deshalb ein für die freie Entfaltung von Vereinen und Verbänden.

Verbot der Aussperrung	<p>Wir stärken das Recht der Gewerkschaften, das nicht durch Aussperrung gefährdet werden darf.</p> <p>Ein Aussperrungsverbot ist deshalb für Sozialdemokraten eine Notwendigkeit.</p> <p>Wir achten die Rolle der Kirchen und deren wichtige Aufgaben auch im gesellschaftlichen Bereich.</p> <p>Keine gesellschaftliche Gruppe aber hat das Recht, ihre Wertvorstellungen zu verallgemeinern und anderen aufzudrängen.</p>
Für eine offene Gesellschaft	<p>Nur eine offene und tolerante und zugleich auf sozialen Grundsätzen aufbauende Gesellschaft eröffnet jedem einzelnen seine individuellen Entwicklungsmöglichkeiten. Innerhalb der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens hat jeder das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Wir Sozialdemokraten treten deshalb überall dafür ein, Minderheiten zu schützen, unkonventionellen Ideen einen Freiraum zu geben und die Rechte des einzelnen gegen Bevormundung zu verteidigen.</p>
Widerstand gegen autoritäre Bestrebungen	<p>Die Selbstverwirklichung des einzelnen ist immer tendenziell bedroht durch autoritäre Bestrebungen in Staat und Gesellschaft. Dem setzen Sozialdemokraten Widerstand entgegen.</p>
Zivile und bürgernahe Polizei	<p>Gesellschaftliche Konflikte, die ihre Ursachen in einer Veränderung des gesellschaftlichen Wertgefüges haben, können nicht mit den Mitteln polizeilicher Gewalt gelöst werden. Deshalb widersetzen wir uns auch allen Versuchen, die Polizei des Landes paramilitärisch auszurüsten. Nur eine zivile und bürgernahe Polizei ist ein wirkungsvoller Anwalt des Bürgers.</p>
Überkommenes Moralstrafrecht ist abgeschafft	<p>Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß das überkommene Moralstrafrecht abgeschafft wurde. Ferner haben wir zum besseren Schutz von ungeborenem Leben den § 218 reformiert. Nicht alles, was aus religiösen oder ethischen Gründen abgelehnt wird, muß der Staat bestrafen.</p>
Keine Gesinnungsschnüffelei	<p>Wir Sozialdemokraten sichern die bürgerlichen Freiheitsrechte. Wir lehnen Gesinnungsschnüffelei ab. Wir halten Regelanfragen für kein geeignetes Mittel zur Abwehr von Gegnern eines freiheitlichen und demokratischen Staates.</p> <p>Auch halten wir daran fest, daß die Mitgliedschaft in einer Partei oder Vereinigung, die Betätigung in ihr und für sie, insbesondere die Wahrnehmung der in Grundgesetz und Gesetzen gesicherten staatsbürgerlichen Rechte (auch einer Kandidatur) und ihre sonstige Unterstützung im Rahmen des geltenden Rechts allein nicht ausreichen, einen Bewerber für den öffentlichen Dienst abzulehnen.</p>
Problem Bürokratisierung	<p>Zunehmende Bürokratisierung ist ein Problem der modernen Industriegesellschaften. Es stellt sich für alle Großorganisationen sowohl im staatlichen Bereich wie auch in Großunternehmen. Deshalb ist es unlauter, wenn konservative Politiker versuchen, das allgemeine Unbehagen der Bürger vor der Verwaltung auf den staatlichen Bereich zu beschränken und den Abbau staatlicher Leistungen durchzusetzen, indem sie Reprivatisierung als Mittel gegen Bürokratismus verlangen. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, Verwaltung wirkungsvoll, durchschaubar und bürgernah zu machen. So kann verhindert werden, daß der Bürger auf Dauer sein Interesse an Mitwirkung verliert und in seinem Anspruch, mündig zu sein, nicht mehr ernst genommen wird.</p>
Bürgernahe Verwaltung	
Veraltete Regelungen beseitigen	<p>Wir Sozialdemokraten werden daher die Beseitigung veralteter Regelungen und Gesetze in Angriff nehmen, Erlasse und Auslegungsvorschriften auf ein Minimum reduzieren. Zusammen mit</p>

dem Ausbau demokratischer Kontrolle wird es dann möglich sein, den Rechten der Bürger eher zu entsprechen. Hierbei muß den im Staatsdienst Beschäftigten mehr Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung im Rahmen der Gesetze eingeräumt werden.

**Unbürokratische
Entscheidungen**

Wir Sozialdemokraten halten den ständigen Dialog zwischen Bürgern und Beschäftigten bei Staat und Kommunen für die beste Garantie, Vorurteile abzubauen und unbürokratische Entscheidungen treffen zu können. Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß Staat, Kommunen und Unternehmen Gesetze, Geschäftsbedingungen, Formulare und sonstige Bestimmungen in verständlicher Sprache abfassen und unseren ausländischen Mitbürgern in ihrer Muttersprache anbieten.

**Bestimmungen
in verständlicher
Sprache**

Wir Sozialdemokraten halten den ständigen Dialog zwischen Bürgern und Beschäftigten bei Staat und Kommunen für die beste Garantie, Vorurteile abzubauen und unbürokratische Entscheidungen treffen zu können. Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß Staat, Kommunen und Unternehmen Gesetze, Geschäftsbedingungen, Formulare und sonstige Bestimmungen in verständlicher Sprache abfassen und unseren ausländischen Mitbürgern in ihrer Muttersprache anbieten.

5. Für Gleichstellung der Frau, freie Entfaltung der Familie und gleiche Chancen für unsere Kinder

5.1 Gleichstellung der Frau

**Ein Jahrhundert-
Thema**

Der Kampf um die Gleichstellung der Frau ist ein bestimmendes Thema dieses Jahrhunderts. Sozialdemokraten haben bereits nach dem Ersten Weltkrieg das Wahlrecht für Frauen durchgesetzt. Jetzt treten wir dafür ein, daß der rechtlichen Gleichstellung in allen Bereichen die tatsächliche Gleichstellung folgt. Das heißt zum Beispiel: Frauen müssen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Der Abbau von Vorurteilen und Nachteilen ist aber nur dann möglich, wenn sich das Bewußtsein der Gesellschaft über die Rolle von Mann und Frau ändert.

**Gleicher Lohn für
gleichwertige Arbeit**

Der Staat hat die Aufgabe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Frauen ihre Familie und einen Beruf miteinander in Einklang bringen können. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen geben durch gezielte Maßnahmen die notwendigen politischen und gesellschaftlichen Anstöße, um Benachteiligungen für Frauen abzubauen.

Wir treten dafür ein, daß

- jedes Mädchen eine qualifizierte Berufsausbildung erhält, und zwar nicht nur in traditionellen Frauenberufen;
- die Arbeitsschutzbestimmungen dort geändert werden, wo sie überholte Beschäftigungsverbote für Frauen erhalten;
- die berufliche Qualifizierung der Frauen verbessert wird, weil darin ein wesentlicher Schutz gegen Arbeitslosigkeit liegt;
- ausreichend Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen bereitgestellt werden, wo sie dies wünschen;
- Mütter und Väter die Möglichkeit erhalten, ihre tägliche Arbeitszeit zu reduzieren;
- die Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf gefördert wird;

- Kinderbetreuungseinrichtungen und weitere Hilfen zur Entlastung berufstätiger Mütter und Väter geschaffen werden.

Mit dem für die Bundesrepublik Deutschland beispielhaften Programm des Landes Nordrhein-Westfalen zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen sind wir bereits ein großes Stück weitergekommen.

5.2 Für die Familie

Selbstentfaltung der Familien in Freiheit

Familienpolitik hat die Aufgabe, den sozialen, materiellen und kulturellen Rahmen zu schaffen, damit sich jeder in der Familie in Freiheit selbst entfalten und das Leben nach eigenen, in der Familie entwickelten Werten gestalten kann. Wir Sozialdemokraten bejahen den Auftrag des Grundgesetzes, das Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt. Wir lehnen es aber ab, bestimmte Familienmodelle oder Verhaltensweisen den Menschen vorzuschreiben oder ausschließlich zu fördern. Der Staat hat nicht das Recht, in den privatesten Bereich der menschlichen Beziehungen durch Gesetze oder andere politische Maßnahmen reglementierend einzugreifen. Er muß Voraussetzungen dafür schaffen, daß vielfältige Angebote dabei helfen, die vermeintliche Alternative aufzuheben: Berufstätigkeit oder Elternschaft.

5.3 Für unsere Kinder

Mehr Chancen für unsere Kinder

Den Kindern gilt die besondere Aufmerksamkeit sozialdemokratischer Familienpolitik. Wir Sozialdemokraten wollen den Kindern die Chance geben, daß Mütter wie Väter sich gleichermaßen um sie kümmern können. Deshalb werden wir Möglichkeiten eröffnen, daß Eltern ihre Berufstätigkeit aussetzen oder neu einteilen können, um sich um ihre Kinder zu kümmern. Das bedeutet: Elternurlaub für Vater und Mutter, Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeitsplätze für Mann und Frau, Einkommensausfallgeld für die Betreuung eines Kindes nach der Geburt für Vater oder Mutter.

Wir Sozialdemokraten wollen die Verbesserung des Kindergeldes für alle. Wir lehnen aber eine Wiedereinführung der alten Kinderfreibeträge ab: Höhere Steuerfreibeträge für Kinder reicher Eltern und niedrige für die Kinder ärmerer Eltern halten wir für unerträglich. Die SPD wird dafür sorgen, daß Kinderhaben nicht mit sozialen Nachteilen verbunden ist.

Kinderfreundliche Umwelt

Kinder haben einen Anspruch auf eine kinderfreundliche Umwelt, die auf ihre Wünsche und Bedürfnisse Rücksicht nimmt. Sie müssen in der Wohnung und in der unmittelbaren Nachbarschaft Möglichkeiten haben, kindgerecht spielen und sich bewegen zu können. Eine Gesellschaft, die sich gleichgültig oder sogar feindlich zu ihren Kindern verhält, hat keine Zukunft.

5.4 Für die Jugend

Jugend muß die Gesellschaft mitgestalten können

Junge Menschen müssen sich verwirklichen und die Gesellschaft mitgestalten können. Sozialdemokratische Jugendpolitik will jungen Menschen eine ihren Interessen gemäßige politische, persönliche und soziale Perspektive geben.

Wir Sozialdemokraten beobachten mit Sorge Tendenzen einer zunehmenden Entfremdung zwischen Teilen der jüngeren Generation und unserer Gesellschaft. Diese Entfremdung zeigt sich auch am mangelnden Interesse vieler junger Menschen an öffentlichen Angelegenheiten. Sie zeigt sich aber auch daran, daß junge Menschen aus der Realität in Subkulturen, in Drogen- und Alkoholabhängigkeit flüchten.

Wir Sozialdemokraten wollen die sozialen und ökonomischen Bedingungen ändern, die Kinder und Jugendliche benachteiligen, die Randgruppen und Minderheiten keine Chancen geben.

Sorge um die Jugendarbeitslosigkeit

Unsere vorrangige Sorge gilt dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, den Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.

5.5 Für eine bessere Bildung

Selbständige Demokraten erziehen

Aufgabe der Schule ist es, selbständige und selbstbewußte Demokraten zu erziehen: Bürger mit eigenem Urteil, Sinn für soziale Gerechtigkeit sowie soliden Kenntnissen und Fähigkeiten. Dieses Ziel läßt sich nur in einer Schule verwirklichen, die menschlich und leistungsfähig zugleich ist.

Nachdem wir mehr Chancengleichheit für alle Kinder erreicht haben, gilt es jetzt, die pädagogische und inhaltliche Reform des Schulwesens weiter auszubauen. Wir sind für Fördern statt Auslesen.

Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung

Hauptschule und das vielfältige System der beruflichen Bildung dürfen gegenüber den anderen Teilen unseres Bildungswesens nicht ins Hintertreffen geraten. Wir streben die Gleichwertigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildung an.

Für die Gesamtschule

Die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Konservativen für freie Entscheidung der Eltern und gleiche Chancen für alle Kinder, gegen Bevormundung und Erhaltung von Privilegien wird deutlich in der Frage der Gesamtschule.

Die SPD wird die Gesamtschule als gleichberechtigte Angebotsschule neben den bestehenden Schulformen ausbauen. Das bedeutet: Wir werden überall dort Gesamtschulen errichten, wo Eltern ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken wollen.

Wir halten die Gesamtschule für die Schulform, die am ehesten den Anforderungen der modernen Gesellschaft gerecht wird und in der sich Chancengleichheit und bestmögliche Förderung, humane Atmosphäre und vielseitige Bildung am ehesten verwirklichen lassen. Für uns Sozialdemokraten gilt in der Bildungspolitik: Fördern statt Auslese. Gegen die Gesamtschulen setzen die Konservativen die von sozialer Herkunft und Einkommen der Eltern abhängige Zuteilung von Bildungschancen.

5.6 Für humanes Wohnen

Für Sozialdemokraten ist eine Wohnung neben Gesundheit, Nahrung und Arbeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein menschliches Leben, kein Gegenstand gehobenen Konsums. Ziel sozialdemokratischer Wohnungspolitik ist es, dieses elementare Bedürfnis für alle zu befriedigen.

Grundrecht auf angemessene Wohnung

Um das soziale Grundrecht des Bürgers auf eine angemessene Wohnung zu verwirklichen, werden wir den Wohnungsneubau, die Modernisierung von Wohnungen und die Verbesserung des Wohnumfelds fördern. Das ist eine Daueraufgabe. Wir werden Umfang und Maßstäbe der staatlichen Förderung in einem mehrjährigen Programm festlegen.

Anhebung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau

Das unterscheidet uns von den Konservativen: Wir verzichten nicht auf ausreichende direkte Hilfen. Wir treten ein für eine gerechtere Entlastung bei den Steuervergünstigungen und wollen eine Anhebung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau, die die Versorgung der großen Mehrheit der Arbeitnehmerhaushalte mit angemessenem Wohnraum sichert. Das geltende Prinzip „je höher das Einkommen, desto höher der Steuervorteil“ soll umgekehrt werden.

Die CDU/CSU-Länder haben im Bundesrat gegen die Anhebung der Einkommensgrenzen für Alleinstehende und Ehepaare gestimmt und wollen auch für Familien mit Kindern eine entsprechend geminderte Einkommensgrenze. Sie wollen bei der progressiv steigenden Steuerbegünstigung bleiben, die denen die größten Vorteile bringt, deren Einkommen am höchsten ist.

Mietanstieg stärker begrenzen

Das Recht auf eine angemessene Wohnung ist aber nur dann gesichert, wenn Mieten und Wohnkosten tragbar sind und bleiben. Wir werden daher den Mietanstieg im sozialen Wohnungsbau stärker begrenzen.

Gegen Vertreibung durch Luxusmodernisierung

Auch nach der Modernisierung müssen Mieten tragbar bleiben. Wir wenden uns deshalb gegen die Vertreibung der Mieter durch Luxusmodernisierung und unsoziale Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.

Wohngeld den steigenden Kosten anpassen

Mietobergrenzen und Neubauförderung sollen sicherstellen, daß Familien mit Kindern eine ausreichend große Wohnung mieten oder erwerben können. Jedes Schulkind soll in seinem eigenen Zimmer wohnen, spielen und lernen.

Das Wohngeld muß den steigenden Kosten laufend angepaßt werden. Bei der nächsten Reform des Wohngeldgesetzes müssen darüber hinaus die Wohngeldzahlungen bei niedrigerem Einkommen und bei Familien mit Kindern wesentlich angehoben, somit die zumutbare Belastung der Familien durch Wohnkosten gesenkt werden.

6. Für Frieden und Solidarität mit den ärmeren Völkern

Der historische Beitrag der Sozialdemokraten für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die Aussöhnung mit un-

seren Nachbarn im Osten und die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Diese Politik hat den Frieden für unser Land und in ganz Europa sicherer gemacht.

Der Frieden nach außen ist die Ergänzung zum sozialen Frieden und zur inneren Sicherheit in unserem Lande. Wir wollen beides verteidigen.

6.1 Für Frieden

Dauerhafte Sicherung des Friedens Frieden ist die Grundbedingung unseres Lebens. Den Frieden dauerhaft zu sichern war und ist Leitmotiv politischen Handelns von Sozialdemokraten: Seit 1969 haben die Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt den Schutt deutscher Vergangenheit Stück um Stück abgetragen. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde ein Begriff deutscher Außenpolitik, die Ostpolitik, im In- und Ausland ein Sinnbild der Friedenspolitik.

Verträge gegen die CDU/CSU durchgesetzt Die sozial-liberale Koalition hat die Verträge mit Moskau und Warschau abgeschlossen; CSU/CDU haben sich der Stimme enthalten.

Die sozial-liberale Koalition hat den Vertrag mit Prag abgeschlossen; CDU/CSU haben dagegen gestimmt.

Die sozial-liberale Koalition war dafür, Mitglied der UNO zu werden, die Hälfte der Opposition war dagegen.

Die sozial-liberale Koalition hat den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert; wieder hat nahezu die Hälfte der Opposition dagegen gestimmt.

Die sozial-liberale Koalition war dafür, die KSZE-Schlußakte zu unterzeichnen; die CSU/CDU war dagegen.

CDU/CSU würde unsere Sicherheit gefährden Die sozial-liberale Koalition war stets auf sich gestellt, wenn es galt, Friedenspolitik zu verwirklichen.

Die CSU/CDU hätte uns in die außenpolitische Isolierung geführt und würde uns unter Strauß dorthin führen. Das würde unsere Sicherheit gefährden.

Gerade angesichts der vor uns liegenden schweren Aufgabe, die Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle voranzubringen.

Die Übernahme der Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen durch die SPD war Voraussetzung dafür, daß die Friedenspolitik, daß die Ostpolitik auch im Bundesrat Mehrheiten fanden.

Fortsetzung der Friedenspolitik auch nach dem 11. Mai ermöglichen Die SPD-geführte Landesregierung hat sich im Bundesrat immer für die Durchsetzung dieser Politik eingesetzt.

Es ist für die Bundesrepublik Deutschland entscheidend, daß dies auch nach dem 11. Mai möglich ist.

Für Deutschland heißt es: Sozialdemokraten garantieren den Frieden. Die Friedenspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt muß fortgesetzt werden.

6.2 Für Solidarität mit den ärmeren Völkern

Sozialdemokraten sind herausgefordert, der Friedenspolitik eine weitere Dimension zu geben: Friedenspolitik heißt für uns auch, den Völkern der Dritten Welt zu helfen, Not und Elend zu überwinden.

Engagement der Bürger

Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, leitet mit der Nord-Süd-Kommission der Vereinten Nationen hierzu eine Neubesinnung ein. Eine solche Politik kann aber nur realisiert werden, wenn sie vom Engagement der Bürger getragen wird. Viele Probleme, die im Inland als groß und für den einzelnen sehr gefährlich angesehen werden, verlieren an Bedeutung vor der Gefährdung des Friedens, der Unmenschlichkeit und der Armut in Ländern der Dritten Welt. Sozialdemokraten halten es für eine der Hauptaufgaben der heute Lebenden, vor allem der Jugend, sich dafür zu engagieren, daß Frieden in der ganzen Welt herrscht und die ökonomischen Bedingungen der Länder der Dritten Welt sich verbessern. Wirtschaftliche Entscheidungen können die Lebensverhältnisse in anderen Ländern beeinflussen. Nordrhein-Westfalen mit seiner Industrieerfahrung trägt besondere Verantwortung bei der Hilfe für die ärmeren Völker. Die Erziehung zur Solidarität mit der Dritten Welt muß daher ein Schwerpunkt der schulischen und außerschulischen Bildung werden.

Besondere Verantwortung bei der Hilfe für die ärmeren Völker

II. Handeln für unser Land

Planvolles Handeln

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden ihre Ziele durch planvolles Handeln in konkrete landespolitische Maßnahmen umsetzen und damit die Aufgaben für das nächste Jahrzehnt erfüllen. Wir werden unsere einzelnen Vorhaben in einen Handlungsrahmen einordnen und seine Realisierung mit den finanziellen Möglichkeiten abstimmen.

1. Ein politischer Handlungsrahmen für Nordrhein-Westfalen

Planvolle Landesentwicklung in Nordrhein-Westfalen muß mit dazu beitragen, daß die großen Aufgaben der 80er Jahre gleichermaßen bewältigt werden:

Die großen Aufgaben der 80er Jahre

- **Beherrschung von Umwelt und Technik,**
- **Selbstverwirklichung und Liberalität sowie soziale Gerechtigkeit,**
- **Gleichberechtigung der Frau, freie Entfaltung der Familie, gleiche Chancen für unsere Kinder,**
- **Sicherung des Friedens und Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt.**

**Ständige
Erfolgskontrolle**

Planvolle Landesentwicklungspolitik erfordert einen mittelfristigen Handlungsplan der Landesregierung. Dieser politische Handlungsrahmen wird die Entwicklungsperspektiven des ganzen Landes bis zur Mitte der 80er Jahre darstellen und die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen der weiteren Zukunft aufzeigen. In ihm sind die beabsichtigten Leistungen und Maßnahmen als konkrete Handlungsrichtlinien darzustellen. Die angestrebten Fernziele müssen aufgezeigt und als realistische Entwicklungsvorschau konzipiert werden. Die einzelnen Mehrjahrespläne und -programme der Landesministerien, die Finanz- und Investitionspläne sowie die raumordnerischen Pläne sind in diesen Handlungsrahmen in ihren wesentlichen Aussagen aufzunehmen und entsprechend ihrer zeitlichen, finanziellen und räumlichen Bedeutung in sinnvoller Rangfolge zu ordnen. Der Handlungsrahmen und die in ihm dargestellte planvolle Politik müssen auf ihren Erfolg ständig kontrolliert und nach den sich ändernden Bedingungen flexibel fortgeschrieben werden.

Dabei ist stärker als in den vergangenen Jahren auf die besonderen Bedürfnisse und Verhältnisse der einzelnen Landesteile Rücksicht zu nehmen.

**Staatliches Handeln
vorhersehbar machen**

Eine mittelfristige Handlungsplanung muß den Rahmen für die künftige Politik der Landesregierung bilden. Sie gewährleistet, daß staatliches Handeln vorhergesehen und öffentlich kontrolliert werden kann, Grundforderung an staatliches Handeln in einer freiheitlichen Ordnung. Dann können sich der einzelne Bürger und auch private Unternehmungen in ihren Planungen auf die zu erwartenden staatlichen Maßnahmen einstellen.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sehen in der Zusammenfassung der Landespolitik in einen politischen Handlungsrahmen die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes in den 80er Jahren.

2. Die Finanzen müssen stimmen

**Geordnete
Staatsfinanzen**

Wir Sozialdemokraten sichern mit unserer Finanzpolitik geordnete Staatsfinanzen. Sie sind eine Voraussetzung für ein stabiles politisches System sowie die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Demokratie. Geordnete Staatsfinanzen erlauben es, die staatlichen Leistungen solide zu finanzieren, die gesamtwirtschaftlichen Ziele, Vollbeschäftigung und Preisstabilität, zu unterstützen und die Steuerlasten sozial gerecht zu verteilen.

**Vorleistung
für die Zukunft**

Die Sozialdemokraten sind dafür eingetreten, mit hohen Kreditaufnahmen die Folgen der weltweiten Rezession von 1974 zu bekämpfen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Politik bestätigt: Die Arbeitslosigkeit konnte eingedämmt, die Konjunkturbelebung eingeleitet werden. Zinsen und Tilgungen aus diesen Kreditaufnahmen sind zwar eine Vorbelastung für die kommenden Jahre. Zugleich aber konnte so mehr Geld in Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen, Kindergärten, Sportanlagen und andere dem Bürger dienende Einrichtungen investiert werden. Das ist eine noch größere Vorleistung für die Zukunft.

**Konsolidierung
der Finanzen**

Damit haben wir bewußt eine etwas höhere Staatsverschuldung in Kauf genommen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Nordrhein-Westfalen hat eine beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik gerechtfertigt und erleichtert den Abbau der staatlichen Kreditaufnahmen. Jetzt kann an die Konsolidierung der Staatsfinanzen herangegangen werden, soweit es die Wirtschaftsentwicklung zuläßt.

Wir Sozialdemokraten werden mit unserer Finanzpolitik auch in Zukunft dafür sorgen, daß Handlungsspielraum für politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt geschaffen wird.

Die mittelfristige Finanzpolitik muß deshalb in den politischen Handlungsrahmen des Landes eingebracht und mit den geplanten Leistungen und Maßnahmen der einzelnen politischen Bereiche abgestimmt werden.

**Finanzausstattung
der Kommunen
weiter sichern**

Das Land wird die Finanzausstattung seiner Kommunen weiter sichern. Die Kommunen müssen über ausreichende eigene Einnahmen verfügen und in Selbstverantwortung darüber entscheiden, welche Dienste sie für die Bürger für vordringlich halten. Das Land wird seine Zuweisungen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände deutlicher machen.

3. Unsere Leistungen fortsetzen

Unser Wille, die Aufgaben der 80er Jahre in Nordrhein-Westfalen zu erfüllen, wird die Einzelbereiche der Landespolitik bestimmen. Dies wird sich niederschlagen in Gesetzesvorhaben und der Praxis staatlichen Verwaltungshandelns. Das bedeutet auch Fortsetzung der Leistungen seit 1966. Die SPD-Landtagsfraktion berichtet über ihre Leistungen der letzten Legislaturperiode in der Dokumentation „Leistungen für unser Land“.

Die SPD stellt, offen für alle Bürger, ihre Leistungen seit 1966 und ihre Vorhaben für die Zukunft in allen Feldern der Landespolitik dar. Diese Darstellung trägt den Titel „Handeln für unser Land“. Sie ist in Schwerpunkte der Landespolitik gegliedert:

Wirtschaft – Arbeit

Wirtschaftspolitik

Arbeitsmarktpolitik

Humanisierung der Arbeitswelt / Selbständigenpolitik

Energiepolitik

Agrarpolitik und Forstwirtschaft

Verbraucherpolitik

Technologiepolitik

Verkehrspolitik

Umwelt

Umweltschutz

Umwelt / Chemikalien- und Giftschutz

Umwelt / Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft

Umwelt / Luftreinhaltung

Umwelt / Lärmschutz

Umwelt / Landschaftspflege

Gesundheitspolitik

Familie und Gesellschaft

Familienpolitik
Frauenpolitik
Jugendpolitik
Altenpolitik
Behindertenpolitik
Kinderfreundlichkeit
Ausländerpolitik
Sozialpolitik

Wohnen und Freizeit

Wohnungsbaupolitik
Wohnumfeldverbesserung, Sport
Kulturpolitik
Freizeit

Bildung und Erziehung

Schulpolitik
Hochschulpolitik
Forschungspolitik
Weiterbildung
Berufliche Bildung
Medienpolitik

Der Staat im Dienste seiner Bürger

Justizpolitik
Innere Sicherheit
Datenschutz
Bürokratie und Bürgerverantwortlichkeit
Gemeindefreundliches Land
Finanz- und Steuerpolitik